blickpunkt
309 9/96
Zeitung der DKP für Mörfelden-Walldorf

Und weiter stirbt der Wald

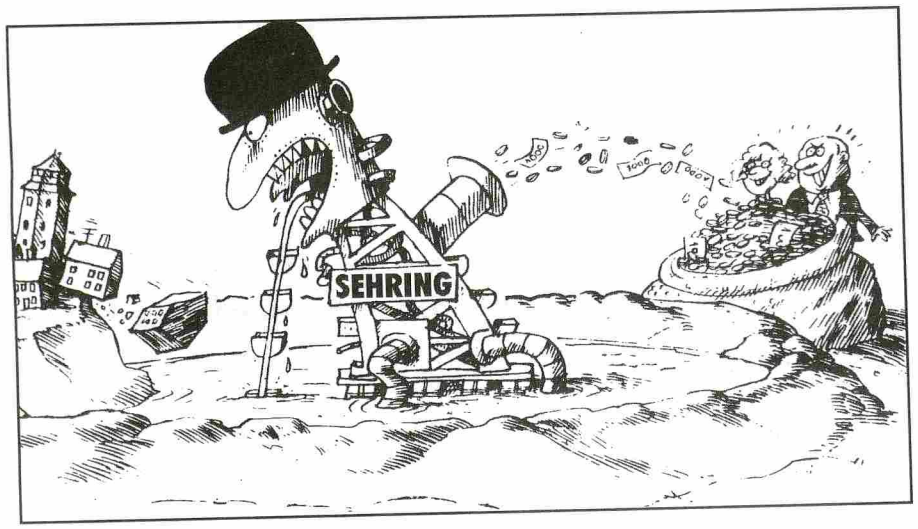
Alle Untersuchungen zur Entwicklung der Waldschäden zeigen eine unverändert ernste Situation.
Überall stirbt der Wald, weil Luft und Böden vor die Hunde gehen und zu wenig dagegen getan wird.

Er stirbt aber auch, weil auch in unserer Region die Sensibilität gegen ständig weitere Waldeinschläge ziemlich verloren gegangen ist. Hier nur eine Zahl: Im Zuständigkeitsbereich des Forstamtes in Mörfelden sind nach 1945 2000 Hektar Wald abgeholzt worden.

Alarmierend: Das Absinken des Basengehalts in den Böden. Vor allem in den deutschen Mittelgebirgen werden ph-Werte gemessen, die fast Essig versprechen. Über die letzten Jahre sind die Säurewerte permanent gestiegen. Die Versauerung der Böden ist das Einfallstor für die Zerstörung des Ökosystems Wald.
Buche und Eiche sind gegenwärtig die Hauptbetroffenen der Ausbreitung der Luftschadstoffe. An diesen Baumarten sind die Schädigungen besonders stark gestiegen.
Bundesweit sind rund 70 Prozent der Wälder geschädigt. Bekannt ist, daß sich die Schädigungen u.a. unter den Bedingungen von sauren Niederschlägen zeigen. Weniger bekannt, daß sich der Wald ohne zusätzliche Stickstoffeinträge aus Verkehr und Landwirtschaft schnell erholt. Zwar konnte in den letzten Jahren der Schwefelgehalt der Luft durch die TA Luft und die Großfeuerungsanlagenverordnung reduziert werden, dafür stiegen aber die Stickstoffeinleitungen in Luft, Boden und Gewässer ständig an.
Auch der Einsatz des vielbeschworenen Katalysators im PKW-Bereich hat bisher keine durchgreifende Wirkung erzielen können. Das Mengenwachstum des Autoverkehrs mit höheren Geschwindigkeiten und steigenden Motorleistungen hat die spezifischen Reduktionen beim Verbrauch kompensiert. Ein Gesamtrückgang des Schadstoffausstoßes wurde nicht erzielt. Das Waldsterben droht langsam zu einem vergessenen Thema zu werden. Der früher jedes Jahr vorgelegte Waldschadensbericht wird nur noch alle zwei Jahre veröffentlicht und heißt heute verniedlichend Waldzustandsbericht.
Genau so verheerend wie die Vergiftung der Böden ist die Vernebelung der Hirne durch die Politiker. Man kann es manchmal nicht fassen: Die Stadt Langen will den Kämmerer-Säckel auffüllen, in dem sie der Firma Sehring ermöglicht, weitere 17 Hektar Wald zu fällen. (In dieser Zeitung haben wir mehrmals darüber berichtet.)
Der zuständige sozialdemokratische Minister Bökel kämpft in Wiesbaden für diese Rodung wie ein Löwe. Also weg mit dem Wald, Platz für die Segler, Platz für Sehring! Aus Kies läßt sich bekanntlich viel Kies gewinnen.

Und die Grünen? Der Kampf um die Bäume an der Startbahn-West hat sie einstmals in die Parlamente katapultiert. Vor Ort wehren sie sich noch ein wenig, aber in Wiesbaden: Schweigen im Grünen-Wald.
Natürlich verstehen auch wir, nach den Waldabholzungen für die Startbahn-West und Cargo-City sind viele Menschen resigniert und müde geworden. Scheinbar stimmt der oft wiederholte Satz: „Die da oben machen ja doch, was sie wollen!"
Aber viele spüren auch täglich die neuen Bedrohungen: Ozon und Klimaveränderungen, BSE, Allergien, immer mehr Flugverkehr, immer mehr Autos, immer weniger Natur, immer weniger Wald.

„Testaufgabe eins: Zeichnen Sie einen Baum!" heißt es in unserer Karikatur. Lassen wir es nicht so weit kommen. Wehren wir uns, so lange es noch geht.



LINKE RUNDE

DISKUSSIONSFORUM DER DKP MÖRFELDEN-WALLDORF

30. Oktober 1996
Jeder wird alt - und dann?
Neues von der Pflegeversicherung
Mit Edith Dinkelaker,
Leiterin des Altenhilfezentrums
Mörfelden-Walldorf

Die Veranstaltung ist öffentlich und beginnt um 20 Uhr im Bürgerhaus Mörfelden, Klubraum

Kahlschlag für ein Freizeitgelände

Zu fällen einen schönen Baum,
braucht's eine halbe Stunde kaum,
zu wachsen, bis man ihn bewundert,
braucht er ein Jahrhundert.

EUGEN ROTH

Für die Erweiterung eines Freizeit- und Erholungsgebietes sollen jetzt also am Langener Waldsee 17 Hektar Wald fallen. Mehr Platz zum Baden, Sonnen, Angeln, Segeln, Surfen. Die Kieswerke Sehring bauen dann dort kräftig Kies ab.

Unternehmer, Politiker aus dem Umlandverband und aus der Stadt Langen ziehen an einem Strang. Wer aber fragt die anliegende Bevölkerung, ob sie dieses Vorhaben überhaupt befürwortet? Eine weitere Waldrodung darf es in dieser Region nicht geben. Die Schäden durch immer mehr Waldverluste sind nicht mehr zu verantworten. Zumal durch den geplanten Waldeinschlag möglicherweise eine Grundwasserabsenkung und eine Verunreinigung der Trinkwasserbrunnen gegeben ist.

Aus Mörfelden-Walldorf, aus den Kreisen Groß-Gerau und Offenbach gibt es zwischenzeitlich Kritik an diesen Plänen. Die Angelegenheit liegt jetzt beim zuständigen Minister für Landesentwicklung Lothar Klemm. Die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt kennen diesen Klemm nur zu gut. Er war es, der die hiesigen SozialdemokratInnen bei Cargo-City zum Schweigen brachte, schließlich ist er es, der oft genug die Wirtschaftsinteressen von Unternehmen vor die ökologischen Lebensgrundlagen stellte. Bleibt zu hoffen, daß die örtliche SPD und die Bündnisgrünen letztendlich nicht vor der hessischen Landesregierung weichen. Denn die Planungen für das neue Freizeitgelände betreffen nicht nur die Erweiterung alleine. Geplant sind auch ein Hotel, weitere Sportangebote und neue Parkplätze. Es ist damit zu rechnen, daß bei einer Fertigstellung des „Freizeitparkes", die Anzahl der Besucherinnen und Besucher weiter ansteigt.

Die Betreiber des Langener Waldsees mögen das begrüßen, aber dann nimmt der Autoverkehr weiter zu, mehr Parkplätze und Flächenversiegelungen sind dann wieder die Folgen. Daß immer mehr Gäste sich am Langener Badesee tummeln, ist schon verständlich, denn wo sollen sich die Bürgerinnen und Bürger aus Frankfurt, Offenbach und dem Umland auch noch erholen?

Städtische Schwimmbäder und Freizeiteinrichtungen schließen aufgrund der Finanznot der Gemeinden und Naherholungsgebiete werden immer unattraktiver, weil sie durch Lärm und Dreck belastet sind. Letzteres droht allerdings auch dem Langener Badesee, wenn dort rücksichtslos in die Natur eingegriffen wird. Werden die Planungen umgesetzt, legen die Verantwortlichen damit auch den Grundstein für eine neue Autobahnanbindung und neue Straßen. Aber vielleicht ist das Ende wirklich erst in Sicht, wenn tatsächlich der letzte Baum in dieser Region gefällt ist.

Helga Fritz

Jede Mark hilft dem »blickpunkt«!
Unser Konto:
Kreissparkasse Groß-Gerau
Konto-Nr. 9003419,
BLZ 50852553

Jagdausflüge ins warme Spanien

Die Flugbereitschaft des Verteidigungsministeriums hat 1995 Bundeslandwirtschaftsminister Borchert und seinen Staatssekretär Feiter nebst Ehefrauen zweimal auf Staatskosten zu Jagdausflügen nach Spanien transportiert. Das hat die Bundesregierung auf die Kleine Anfrage von SPD-Abgeordneten eingeräumt.
Bei der ersten Jagd handelte es sich laut Antwort der Bundesregierung um eine „Drück- und Pirschjagd auf Dam- und Rotwild", bei der zweiten um eine Einzeljagd auf Steinböcke. In beiden Fällen seien der Minister und sein Staatssekretär samt Ehefrauen von der spanischen Regierung eingeladen gewesen.
Die Kosten der „Jagdausflüge" bezifferte das Verteidigungsministerium auf 128.000 DM, die aus dem Haushalt des Verteidigungsministeriums beglichen wurden.

Alle Jugendlichen ausbilden - nach der Lehre alle übernehmen!

. . . eigentlich müßte es selbstverständlich sein - ist es aber nicht!

Von Jahr zu Jahr steigt die Zahl der Jugendlichen, die eine Lehrstelle suchen, doch die Zahl der Ausbildungsplätze sinkt!
30 % der Lehrlinge im Osten wurden nach der Lehrzeit arbeitslos; im Westen 19%!
Die Arbeitslosenquote bei Jugendlichen bis 25 Jahre beträgt im Osten 13%, im Westen 9,4%!

Am schlechtesten dran sind Mädchen, Jugendliche mit ausländischem Paß und Jugendliche mit schweren Behinderungen!
In der Bundesrepublik bildet nur noch ein Drittel aller Betriebe Lehrlinge aus!
Im Kreis Groß-Gerau sind in diesem Jahr 1046 Ausbildungsplätze gemeldet, mindestens 1701 Bewerber gibt es aber.
Überall: Berufsschulen leiden an Lehrermangel, Unterrichtsausfall, zu wenig modernen Lehr- und Lernmitteln!

Wir fordern:

Wer eine Lehrstelle haben will, der muß sie auch bekommen!

Wer als Unternehmen nicht ausbildet, soll dafür zahlen!

Immer wieder wird vom „Standort Deutschland" geredet.
Wir meinen: Unser Land muß ein sicherer Ausbildungs- und Arbeitsstandort für alle Jugendlichen werden!

Die Räuber haben wieder zugeschlagen

Weniger Geld für Kranke

Das Sparpaket der Bundesregierung, ist von der Kanzlermehrheit im Bundestag verabschiedet worden. Der Katalog der Abzocker ist lang - hier nur wenige Beispiele:

Der Kündigungsschutz greift künftig erst bei Betrieben, die mehr als zehn Arbeitnehmer beschäftigen. Bisher lag die Grenze bei fünf Beschäftigten. Für derzeit Beschäftigte gilt ein Vertrauensschutz für drei Jahre.

Die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall wird für die gesamte Dauer von maximal sechs Wochen auf 80 Prozent des Entgelts festgelegt; alternativ kann der Arbeitnehmer je Krankheitswoche einen Urlaubstag opfern. Krankengeld, das ab der 7. Woche gezahlt wird, wird um zehn Prozent gekürzt. Überstunden werden bei der Höhe des Urlaubsgeldes nicht mehr berücksichtigt.

Die bereits nach dem Rentenreformgesetz 1992 ab dem Jahr 2001 geplante schrittweise Erhöhung der Altersgrenze wird vorgezogen. Für Frauen beginnt die Anhebung von 60 auf 65 Jahre ab dem Jahr 2000 und ist Ende 2004 abgeschlossen. Für Männer beginnt die Anhebung von 63 auf 65 Jahre ebenfalls ab dem Jahr 2000 und ist Ende 2001 abgeschlossen. Wer früher in Rente gehen will, muß eine Kürzung seiner Bezüge um 3,6 Prozent pro Jahr des vorzeitigen Renteneintritts hinnehmen.

Jobbende Studenten müssen Sozialversicherungsbeiträge zahlen, wenn ihr Einkommen über der Geringfügigkeitsgrenze von derzeit 590 Mark im Monat liegt.

Kuren werden in der Renten- und der Krankenversicherung in der Regel von vier auf drei Wochen gekürzt, der Abstand zwischen zwei Kuren von drei auf vier Jahre erhöht. Pro Kurwoche werden zwei Tage auf den Urlaub angerechnet. Die tägliche Zuzahlung für Kuren wird von zwölf auf 25 Mark in den alten und von neun auf 20 Mark in den neuen Ländern erhöht.

Die Zuzahlung für Arzneimittel wird um eine Mark erhöht.
Die Erstattung von 20 Mark für ein Brillengestell durch die gesetzlichen Krankenkassen entfällt.

Die Krankenkassen zahlen nicht mehr für Zahnersatz. Das gilt für Versicherte, die am 1. Januar 1997 das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet haben.

Haben Kommunisten ein Anrecht auf Ehrung?

May: Kein Ausdruck von Souveränität

Abgelehnte Ehrung: DKP stellt Antrag

Zuviel gewußt und abgelehnt

Stadtparlament soll Ehrung von DKP-Politikern retten

Mörfelden-Walldorf

Land lehnt Ehrung von Rudi Hechler ab

Keine Ehrung von Kommunisten

Kalte-Kriegs-Mentalität in der hessischen Staatskanzlei

Keine Ehren für DKP-Mitglieder

Sitzen im Parlament Verfassungsfeinde?

Parlament fordert Ehrung ein

„Kleinkarierte Bürokraten"

Land ehrt keine DKP-Politiker

Staatskanzlei verweist auf Verfassungsfeindlichkeit

Kein Landesehrenbrief für DKP-Stadtverordnete

May setzt sich für Ehrungen ein

Er will wegen Dötsch und Hechler mit Hans Eichel reden

Der lange Streit um eine Ehrung

Die Meinung des Lesers

Die Argumentation der kleinkarierten Bürokraten ist mehr als beschämend

Engagement für die Demokratie

Debatte über verweigerte Ehrenbriefe war von Leidenschaft geprägt

Ehre, wem Ehre gebührt

May: „Kein Ausdruck von Souveränität"

Krach um verweigerte Ehrungen

Stadtverordnete sprechen sich für Hechler und Dötsch aus

Land ehrt Hechler und Dötsch

DKP-Mitgliedschaft ist kein Hindernis mehr

Ehrung ist fürs Land nicht mehr tabu

Hessische Staatskanzlei lenkt ein: DKP-Stadtverordnete können Ehrenbrief erhalten

Monatelang spiegelte sich der Streit um die Ehrungen in der Presse. Bundesweit wurde berichtet. Rundfunk und Fernsehen übernahmen das Thema. Und das alles nur, weil kleinkarierte Bürokraten in der Staatskanzlei noch ein bißchen „Kalter Krieg" spielen wollten. Sie mußten zurückstecken. Der öffentliche Druck war zu groß geworden.

Noch einmal: „Die Ehrenbriefe" - Wiesbaden mußte eine Schlappe hinnehmen

„Herzlichen Glückwunsch zum Ehrenbrief des Landes Hessen. Was auch immer man damit anfängt, der Kampf war es wert!", schrieb uns eine Gewerkschaftssekretärin, als sie die „Frankfurter Rundschau" in die Hand bekam mit der Überschrift „Land ehrt Hechler und Dötsch".

Irgendwie hat die Kollegin aus dem Gewerkschaftshaus den Nagel auf den Kopf getroffen.

In Hessen gibt es sicher bald mehr Ehrenbriefträger als Briefträger. Wir brauchen eine solche Ehrung nicht. Als jedoch die Hessische Staatskanzlei uns ausschließen wollte, als uns Eichels rechte Hand Herr Klaus-Peter Schmidt-Dequelle unverschämterweise mit den Neonazis verglich, da war Kampf angesagt.

Nun setzte etwas ein, was wir selbst nicht erwarteten. Wir bekamen viele Solidaritätsadressen, in den Zeitungen protestierten Bürger mit Leserbriefen, Grüne und Sozialdemokraten setzten sich für eine Ehrenbrief-Verleihung ein, das Stadtparlament unserer Stadt forderte von Wiesbaden die Verleihung. In einem Protestbrief eines Bürgers an die Staatskanzlei hieß es: „Mir selbst wurde der Ehrenbrief 1986 verliehen, ich habe mich damals sehr darüber gefreut. Ich habe diese Ehrung jedoch nie als Belohnung empfunden, sondern hauptsächlich als Symbol für Gemeinsinn, demokratische Toleranz und Transparenz gesellschaftlichen Tuns. Sollten diese Kriterien nicht mehr gelten, so bin ich bereit, meinen Ehrenbrief zurückzugeben - er gibt mir dann nichts mehr."

Wir gestehen freimütig, manche der empfangenen Schreiben haben uns sehr gerührt. Wir bedanken uns ganz herzlich für die erwiesene Solidarität, die uns letztlich auch bewog, den Ehrenbrief anzunehmen.

Neben anderen ehrenamtlich Tätigen wird Landrat Siehr uns am 9. Oktober 1996 den Ehrenbrief des Landes Hessen überreichen.

Wir hoffen, daß in den vergangenen Monaten der eine oder andere etwas dazugelernt hat. Vielleicht wird auch mancher politische Gegner einmal darüber nachdenken, daß man, wie in anderen Ländern auch, mit Sozialisten und Kommunisten leben kann. Vielleicht weiß ja auch der eine oder andere mittlerweile in der Hessischen Staatskanzlei, daß unsere Ellenbogengesellschaft, der „realexistierende" Kapitalismus, diese Welt letztlich zugrunde richten wird. Künftig werden mehr Menschen gebraucht, die nach antikapitalistischen Auswegen suchen. Wir wollen dabei sein.

Rudi Hechler Rudolf Dötsch

LESERBRIEF

Liebe Rudis !

Wenn der deutsche Prolet genügend Franzosen, Engländer, Polen, Tschechen, Ungarn, Rumänen, Russen, Bulgaren, Serben, Griechen, Italiener ermo . . Pardon, umgelegt hat, bekommt er einen Orden.

Der hessische Kommunalpolitiker erhält einen "Ehrenbrief", wenn er zwölf Jahre lang die von der Deutschen Bank, von Hoechst, FAG, RWE, Siemens, Daimler-Benz, Züblin, Bilfinger & Berger etc. vorgegebene Politik abgenickt hat. Nickt er nicht mit, gibts keinen Brief. So einfach ist das. Warum sollten die Karpfen den Hecht in ihrem Teich loben? Läßt er sich loben von den Karpfen, dann beißt er nicht. Aufgabe des Hechts ist es aber, den Karpfenteich aufzumischen.

Gestattet mir, Tucholsky zu zitieren, der 1931 schrieb: "Zehn Jahre Gewerkschaftsführer; zehn Jahre Reichstagsabgeordneter; zehn Jahre Betriebsratsvorsitzender - das wird dann fast ein Beruf. Man bewirkt etwas. Man erreicht dieses und jenes. Man bildet sich ein, noch mehr zu verhüten. Und man kommt mit den Herren Feinden ganz gut aus, und eines Tages sind es eigentlich gar keine Feinde mehr. Nein. Ganz Leise geht das, unmerklich. Bis jener Satz fällt, der ganze Reihen voller Arbeiterführer dahingemäht hat, dieser infame kleine Satz: 'Ich wende mich an Sie, lieber Brennecke, weil Sie der einzige sind, mit dem man zusammenarbeiten kann. Wir stehen in verschiedenen Lagern - aber Sie sind und bleiben ein objektiver Mann...' ... Da beginnt es... Und was alles Geld der Welt nicht bewirkt hätte, das bewirkt jene perfide, kleine Spekulation auf die Eitelkeit des Menschen: er kann doch die vertrauensvollen Erwartungen des Feindes nicht enttäuschen. Wie? Plötzlich hingehn und sagen: Ja, die Kollegen billigen das nicht, Krieg muß zwischen uns sein, Krieg und Kampf der Klassen, weil wir uns ausgebeutet fühlen...? Unmöglich...."

Und die letzte Entscheidungshilfe: denkt an die jungen Lehrerinnen und Lehrer, die von den gleichen klebrigen Karrieristen aus Wiesbaden nach erfolgtem Studium mit zum Teil besten Abschlüssen mit Berufsverbot belegt wurden.

Von denen würde ich keinen „Ehrenbrief" annehmen.

Erich Schaffner, Hochstraße 6, Mörfelden

FSD-Demokratie

Immer wieder beschäftigten wir uns im „blickpunkt" mit Betrieben in unserem Industriegebiet. Wir schrieben über die Firma Uni-Data, die mit undemokratischen Mitteln versucht, den Betriebsrat auszuschalten und wir beleuchteten die seltsamen Praktiken der Firma Nike. Thema waren Mitteldorf und der Nürnberger Bund. Heute die Frankfurter Societätsdruckerei.

Vor einigen Jahren, als es um den bevorstehenden Bau der Großdruckerei ging, überschlug man sich bei unseren Stadtoberen geradezu. Man lobte die Geschäftsleitung über den grünen Klee.
Mittlerweile kommt uns anderes zu Ohren. Die Sorge ihrer Beschäftigten um Besitzstand, um Lohnfortzahlung im Krankheitsfall und steigende Kosten im Gesundheitswesen läßt die Geschäftsleitung der Frankfurter Societätsdruckerei kalt: Als 40 Drucker nach einer zweistündigen Protestaktion in Frankfurt ihre Arbeit im Druckzentrum Mörfelden wieder aufnahmen, hielt man ihnen Abmahnungen entgegen.
„Verstoß gegen die arbeitsvertraglichen Pflichten" sagt Geschäftsführer Dr. Gerschermann. „Im Manteltarifvertrag verbrieftes Recht" sagen die Kollegen, Betriebsrat und Gewerkschaft. Denn § 16 des Manteltarifvertrags für die Druckindustrie beinhaltet, daß eine Teilnahme an „Demonstrationen, die in Gemeinschaft und unter Leitung des DGB durchgeführt werden und sich nicht ausschließlich auf den Tarifkontrahenten beziehen", rechtlich korrekt ist.
Der Betriebsrat der FSD verlangte umgehend die Rücknahme der Abmahnungen und verwies nicht zuletzt darauf, daß weder ein wirtschaftlicher Schaden entstanden, noch die Produktion gefährdet war.
Die Geschäftsleitung blieb stur: „Politischer Mißstimmung", so ihre Antwort, möge man in seiner Freizeit Ausdruck verleihen.
Die Klage auf Entfernung der Abmahnungen aus den Personalakten ist mittlerweile beim Frankfurter Arbeitsgericht anhängig.
Zahlreiche Kolleginnen und Kollegen, die am 6.8.1996 den anstehenden Prozeß mit Spannung erwartet hatten und erschienen waren, mußten jedoch ohne den erwarteten Schlagabtausch nach Hause gehen. Die Geschäftsleitung der FSD war erst gar nicht erschienen. Die Bemühungen des Gerichts, einen Vertreter der Druckerei oder des Verbandes zum Gericht zu bitten, schlugen fehl. Neuer Termin 10.10.1996, 12 Uhr, im Arbeitsgericht Frankfurt!

VORANKÜNDIGUNG

Am 15. und 16. November 1996 im Gewölbekeller des "Goldenen Apfel" Mörfelden, Dalles, 20.00 Uhr Vorverkauf 06105/23155

Der Keller hat nur 50 Plätze. Deshalb ist es ratsam, seine Karten vorher zu organisieren. Unsere Telefonistin hört schlecht (Fluglärm). Deshalb besser schriftlich an: E. Schaffner, Hochstr. 6, 64546 Mörfelden. Bitte mit Telefonnummer. Danke.

Die guten Nachbarn

Skandal. Die FAG hat die Gebühren für nächtliche Frachtflüge am Rhein-Main-Airport mit Zustimmung des hessischen Wirtschaftsministers Lothar Klemm (SPD) auf die Hälfte reduziert. Die Fluglärmkommission wurde nicht gehört. Die Nachbarn sowieso nicht. Ist das die vielgepriesene „gute Nachbarschaft"?
Die Reduzierung der Gebühren ist nach Ansicht der Interessengemeinschaft zur Bekämpfung des Fluglärms wie ein Sommerschlußverkauf in einem Supermarkt verlaufen. Auch der senke seine Preise - manchmal um bis zu 50 Prozent. Die Tarifsenkung wird nun eine Steigerung der nächtlichen Flugbewegungen zur Folge haben.
Das alles wurde schon schon im Anhörungsverfahren zum Bau der Cargo City Süd vorhergesagt, aber Manfred Schölch, stellvertretender Vorstandvorsitzender der Flughafen AG, bügelte damals jede Kritik nieder. Langsam müßte eigentlich jeder merken, daß für die FAG das eigene Wachstumsstreben oberstes Ziel ist, die Gesundheit der Menschen im Umland gilt nichts.
Wie immer wird auch diesmal von den SPD-Ministern das Arbeitsplatzargument in die Diskussion geworfen. Dabei wird meist nicht daran gedacht, daß viele Menschen, die auf dem Flughafen arbeiten im Flughafenumland wohnen.
Daß SPD-Minister so handeln, kennen wir aus Börners Zeiten. Daß allerdings unter grüner Regierungsbeteiligung das selbe läuft, ist ein echter Hammer.
Ein Teil der örtlichen Grünen fühlt sich deshalb von den Regierungsgrünen hinters Licht geführt. Die Fraktionssprecherin der Grünen in Wiesbaden: „Der Einfluß der Bündnisgrünen ist leider begrenzt." Vielleicht sollten sie mal die Koalitionsfrage stellen. Aber daraus wird nichts werden. Man läßt sich nicht gern die Futterkrippe entziehen.

Selbstverantwortlich

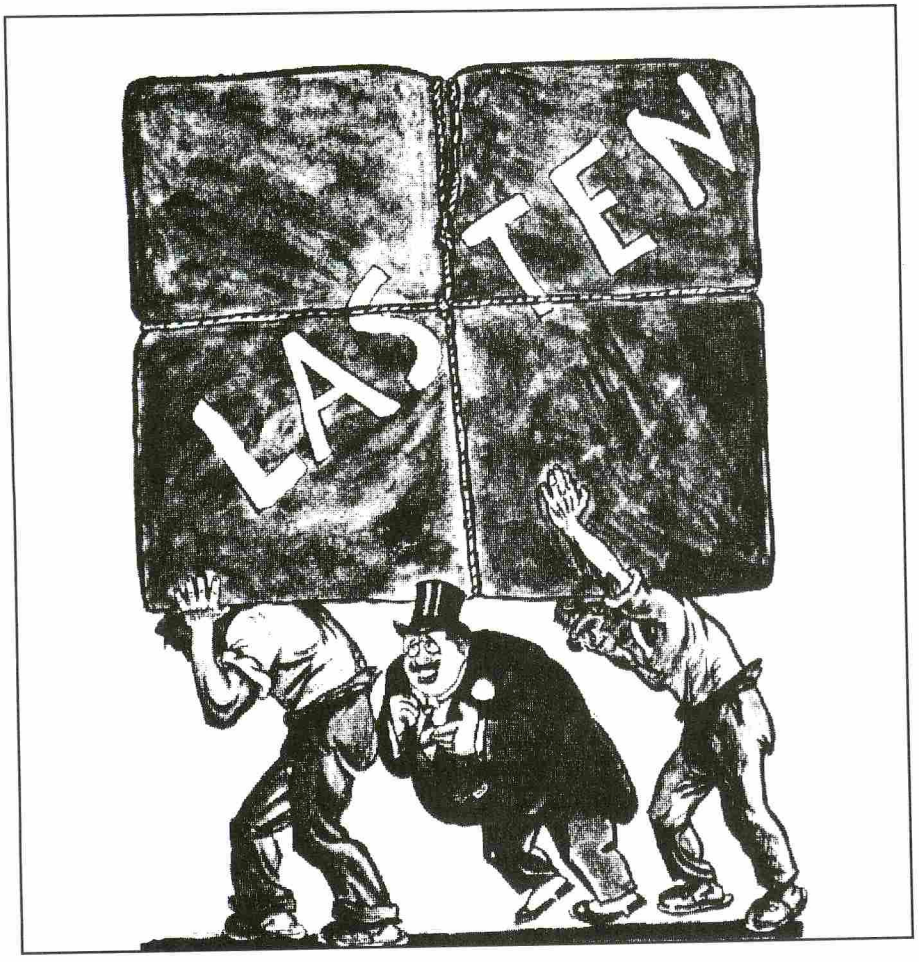
Wie in der FR zu lesen war, wurde die SPD bei einer Ortsbegehung in Walldorf u.a. auf fehlende Spielmöglichkeiten im Bereich Cezannestr. angesprochen. Hier müsse unverzüglich etwas geschehen. Wenn schon kein Spielplatz eingerichtet werden könnte, weil das Grundstück zu teuer ist, sollte zumindest Tempo 30 eingeführt werden. Dafür werde sich die SPD einsetzen, hieß es
Vielleicht geht die SPD mal mit ihrem Bürgermeister und dem Ersten Stadtrat ins Gebet, denn Tempo 30 könnte dort schon längst gelten. Die Grundsatzbeschlüsse dazu hat das Stadtparlament vor Jahren gefaßt. Und ein Spielplatz könnte auch schon da sein. Nicht zuletzt auf Anträge der DKP/OL hin gibt es entsprechende Aufträge an die Stadtverwaltung. Nur ist der SPD-geführte Magistrat hier zögerlich, während beim Ankauf von Grundstücken für Parkplätze z.B. im Innenstadtbereich von Mörfelden bedenkenlos Millionen ausgegeben werden!
Ihre eigenen Leute, Brehl und Vorndran, bestimmen das Tempo der Verwaltung, die hier gefordert ist. Die SPD sollte nicht öffentlichkeitswirksam Zustände beklagen, die sie selbst zu verantworten hat.

Schreiendes Unrecht

Alle fünf Minuten kassieren Kapitalanleger und Banken vom Staat eine Million DM Zinsen, 1994 sind es täglich 286 Millionen DM. im ganzen Jahr 104 Mrd. DM. In Frankfurt z.B. zahlt die Stadt täglich 1,4 Mio. DM Zinsen.
Die Banken kassieren im Schnitt jährlich 7-8% Zinsen. Hier werden keine „Tarifverhandlungen" geführt. Hier gibt es keine Nullrunden. Zinssenkungen sind bei Sparmaßnahmen tabu. Und die Bankengewinne explodieren.
Um den Zinshunger des Molochs Banken zu stillen, kürzen Politiker in Bund, Ländern und Kommunen vor allem Sozialleistungen. Sie lassen Arbeitslosen immer weniger Geld für den Lebensunterhalt. Sie entlassen Personal und kürzen die Löhne. Wohnungen, Schwimmbäder, Jugendhäuser, Theater, Bibliotheken, Sportanlagen und Beratungsstellen stehen überall auf der Abschußliste. Jede dadurch eingesparte Million befriedigt den Bankenmoloch für ein paar Stunden (in den Kommunen) oder ein paar Minuten (beim Bund). Beim Ausverkauf gibt es für die Banken kein Tabu.
Diese Opfer sind sinnlos. Denn neue Schulden müssen aufgenommen werden, weil Banken und Unternehmer gleichzeitig die Senkung ihrer Kapitalsteuern durchsetzen. Die Abschaffung der Gewerbekapitalsteuer bedeutet sieben Milliarden DM weniger in der Kasse.
Aber eigentlich sind die Bürgerinnen und Bürger doch keine Geiseln für Schuldenmacher und Banken! Sie hatten nie Einfluß, wer wofür Schulden gemacht hat. Die verantwortlichen Politiker der oberen Etagen müßten eigentlich jetzt den Mut aufbringen, die Zahlungsunfähigkeit zu erklären und die Probleme auf Kosten der Gläubiger lösen.

Immerhin jedes Prozent Zinssenkung würde dem Staat 14 Milliarden DM sparen.
(Durch jedes Prozent Zinssenkung erhielte z.B. die gebeutelte Stadt Frankfurt rd. 70 Millionen DM.)

In unserer Stadt Mörfelden-Walldorf gilt der gleiche Mechanismus. Viele Sozialdemokraten, sicher auch einige der hiesigen Grünen, kennen diese einfache Wahrheit - leider bleiben sie stumm.



Die Sprüche sind gleich geblieben

„...Untragbare Situation...schwierigste Lage...wir brechen zusammen...wir können nicht mehr..." (Aus: „Der wahre Jakob", 1930)

Von Arbeitslosen und Edelarbeitslosen

Da gibt es welche, die bekommen Arbeitslosengeld auf Lebenszeit.

Zum Beispiel: Der Staatssekretär Chr. K., 46 Jahre alt, wurde Mitte August 1993 fristlos entlassen. Bis Ende November bekommt er seine Bezüge voll weiterbezahlt. Ab Dezember dann fünf Jahre lang 75%. Monatlich also um die 8.000 DM. Danach immer noch mindestens 35%. Offiziell bekommt er eine „Pension", in Wirklichkeit aber eine Art Arbeitslosengeld. In Rente geht man bekanntlich erst nach Beendigung seines Arbeitslebens. Alle politischen Beamten d.h. Staatssekretäre, Ministerialdirektoren usw., in Hessen sogar die Fraktionsassistenten der Landtagsfraktionen, bekommen nach ihrer Entlassung Arbeitslosengeld auf Lebenszeit. Selbst wenn sie nur 30 Jahre alt und zehn Tage im Dienst gewesen sind.

Arbeitslose Spitzenpolitiker liegen in der sozialen Hängematte, denn:
Arbeit ist für sie prinzipiell unzumutbar. Sie bekommen keine Sperrzeiten, wenn sie wegen Unfähigkeit entlassen werden oder zumutbare Arbeit ableh-

nen. Arbeitseinkommen aus Jobs in der Wirtschaft werden auf ihr Arbeitslosengeld nicht bzw. nur unwesentlich angerechnet.
Wenn ein entlassener politischer Beamter wieder Arbeit findet, kann er sein Arbeitslosengeld als Taschengeld behalten.

Dann gibt es noch die normale Arbeitslosen, wie z.B. Max P., Bauschlosser, 49 Jahre. Er ist nach einem Arbeitsunfall seit drei Jahren arbeitslos. Es ist ihm zumutbar, als Bauhilfsarbeiter zu arbeiten. Aber keiner nimmt ihn. Er bezieht Arbeitslosenhilfe in Höhe von 978 DM. Seine Warmmiete beträgt 560 DM. Er könnte Sozialhilfe beantragen. Da er das aber entwürdigend findet und aus besseren Tagen noch Schulden hat, die er abbezahlen will, verdient er dazu. Schwarz, damit er etwas davon hat. Denn er dürfte nur 500 DM behalten. Max P. gilt als Sozialbetrüger, der mißbräuchlich Arbeitslosenhilfe in Anspruch nimmt.

Max P. ist eben kein Mensch erster Klasse wie Staatssekretäre und andere politische Beamte. Wie alle diejenigen, die sich Gesetze für ihn ausdenken, die sie nie auf sich selbst anwenden würden.

Deshalb fordern wir:

Keine Kürzung der Arbeitslosenunterstützung!

Streichung der „Pensionen" für Spitzenpolitiker vor dem 65. Lebensjahr!

*(Beiläufig: Bald wird in unserem Stadtparlament wieder über einen neuen Haushaltsplan und über viele Kürzungen beraten. Gebührenerhöhungen werden auch bald wieder vorgeschlagen. Die Fraktion der DKP/OL wird wieder mit NEIN stimmen.
Warum? Siehe oben!)*

Besser rote Socken . . .

. . . als schwarzes Gesocks!

(Zitat: „Scheibenwischer", 7.9.96)

Die reichsten Deutschen

Einmal im Jahr stellt „Forbes" die Liste der reichsten Deutschen zusammen. Die Liste 1996 wird von 30 Milliardären angeführt; die ärmeren Schweine, die Millionäre, werden nicht mehr namentlich genannt.

Hier eine Auswahl der Spitzenreiter und ihre Vermögen:

Gebrüder Albrecht (Aldi): **11,25 Milliarden DM**	**K. Fr. Flick (Investments):** **6,6 Milliarden DM**
Familie Quandt (u.a. BMW): **10,95 Milliarden DM**	**Familie Henkel (Chemie):** **6,6 Milliarden DM**
Familie Haniel (div.): **9,6 Milliarden DM**	**Familie Boehringer (Pharma):** **5,7 Milliarden DM**
Erivan Haub (Tengelmann): **8,4 Milliarden DM**	**Leo Kirch (Medien):** **5,25 Milliarden DM**
Familie Merck (Pharma): **7,5 Milliarden DM**	**von Finck (Investments):** **5,25 Milliarden DM**
Familie Schickedanz (Quelle): **7,5 Milliarden DM**	**Rolf Gerling (Versicherung):** **4,8 Milliarden DM**
Familie Otto (Versand): **7,05 Milliarden DM**	**Familie Oetker (Lebensmittel):** **4,65 Milliarden DM**

Und dann werden die Vermögen immer kleiner, über 2 Milliarden haben z.B. noch die Familien Merckle (Pharma), Porsche (Autos), Herz (Tchibo), von Siemens (Elektronik, Schwerindustrie), Grundig (Elektronik) und Mohn (Medien); der Prinz Albert von Thurn und Taxis schließt mit 2,25 Milliarden DM die Liste der Reichsten ab. Und dann folgen schon die kleinen Würstchen mit knapp über einer Milliarde und eben die kleinen Millionäre. Dafür reicht dann aber der Platz im „blickpunkt" nicht.

Stadtgeschichten

Noch vor wenigen Jahrzehnten präsentierte sich die Langgasse in Mörfelden, damals noch als Langstraße beschildert, in diesem Aussehen Inzwischen hat sich nicht nur ihr Namen geändert, es sind auch etliche, teils charakteristische Häuser abgetragen und durch neue ersetzt worden. So verschwanden u. a. das alte Lehrerhaus (heute Kreissparkasse), die einstige Bürgermeisterei (heute Grünanlage). Auf der anderen Straßenseite, Ecke Schafgraben (Grabenstraße), stand jener legendäre Nußbaum vom Schmiedhenner, mit dem sich spaßige Geschichten verbinden. Im Haus Langgasse 44 verbrachte die Großmutter Goethes des öfteren ihre Ferien. Herausragendes Ereignis dieser Ferienerlebnisse von vor gut 250 Jahren der Frau Stadtschultheiß Textor geborene Lindheimer aus Frankfurt - eben Goethes Großmutter - in Mörfelden war ihr Sturz in den damals noch vorhandenen Schafgraben. Stätte des Geschehens also einmal das Haus in der Langstraße und zum andern jener Schafgraben, schon lange zugeschüttet und zur Straße geworden. Anknüpfend an die Vergangenheit hieß die Straße jedoch noch lange Schafgraben, um erst sehr viel später in Grabenstraße umbenannt zu werden.

Kinder-Liedermacher

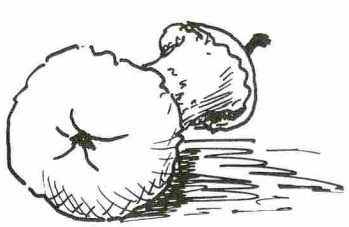
Fredrik Vahle

in Mörfelden

Am 8. November 1996 gibt es um 16 Uhr eine Veranstaltung mit Fredrik Vahle im Bürgerhaus Mörfelden.

Eltern und Kinder sollten sich diesen Termin schon jetzt fest vormerken.

Unser Lexikon



Krotze
Apfelgrips

(auch: Hals, Gurgel - „Isch dreh der de Krotze ab!")

Herausgeber: Deutsche Kommunistische Partei (DKP), Mörfelden-Walldorf - Verantwortlich für den Inhalt: Rudi Hechler, Hochstraße 22, Mörfelden, Telefon 22362.